

## Anfragen zum Plenum in der 41. Kalenderwoche

### Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

**Benjamin Adjei**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

In Anbetracht zahlreicher Problemfälle im Zuge der Beantragung der Schulwegkostenfreiheit an Bayerischen Schulen (z. B. durch den Wechsel von Google Maps auf das Rauminformationssystem Bayern – RISBY, fehlende Zulassung von Radwegen als Bemessungsgrundlage, fehlende Kostenübernahme bei schwierigen Schulwegen und Baustellen sowie Wegfall der Kostenübernahme bei Anmeldung an weiter entfernten Schulen) frage ich die Staatsregierung, inwiefern sind ihr derartige Problemfälle bekannt (wenn ja, bitte jeweilige Schulen und Anzahl nennen), hält sie eine Flexibilisierung der Bemessungsgrundlage sowie eine – mitunter übergangsweise – Kostenübernahme bei Sonderfällen für notwendig und inwiefern hält sie eine Überarbeitung und Aktualisierung des Gesetzes über die Kostenfreiheit des Schulwegs für notwendig?

**Horst Arnold**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge gemäß Art. 65 Polizeiaufgabengesetz (PAG) gingen seit dem 01.01.2024 bis heute bei der Bayerischen Polizei ein und sind aktuell noch zur Sachbearbeitung mit welchem Personal- und Sachaufwand bei einer durchschnittlichen behördlicherseits zu erwartenden Erledigungszeit (Antragseingang bis zur Verbescheidung – auch im Anwendungsbereich des Art. 65 Abs. 2 PAG) anhängig?

**Nicole Bäumler**  
(SPD)

Nachdem Ministerpräsident Dr. Markus Söder in einem Gespräch mit dem Landesschülerrat angekündigt hat, die Kostenfreiheit des Schulwegs ab der 11. Klasse prüfen zu lassen, frage ich die Staatsregierung, hat sie vor den Schulweg für Schülerinnen und Schüler ab der 11. Klasse kostenfrei zu gestalten, gibt es Pläne das 29 Euro-Ticket für Schülerinnen und Schüler einzuführen und falls ja, wann ist mit Initiativen zu rechnen?

**Johannes Becher**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie häufig ist die RB 33 seit dem letzten Fahrplanwechsel wegen technischen oder personellen Problemen ausgefallen (bitte aufschlüsseln nach den einzelnen Monaten), bis wann sollen die verschiedenen Probleme realistischerweise gelöst sein, um den Fahrgästen endlich wieder Planungssicherheit und Verlässlichkeit ihrer Bahnanbindung anbie-

ten zu können und sind die zum Fahrplanwechsel im Dezember 2024 vom Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr angekündigten Verbesserungen (siehe Stellungnahme BV.0025.19) einer Verdichtung auf einen täglichen Stundentakt für die RB 33 technisch und personell weiterhin wie versprochen umsetzbar?

**Cemal Bozoğlu**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse ihr zur Organisation „Jung & Stark Bayern“ vorliegen, welche Kontakte zu anderen Akteuren aus dem rechtsextremen Spektrum ihr bekannt sind und wie sie die von der Gruppe ausgehende Gefahr einschätzt?

**Florian von Brunn**  
(SPD)

Nachdem immer wieder Städte und Gemeinden sowie kommunale Unternehmen von Hackerangriffen betroffen sind, frage ich die Staatsregierung, wie wird ein Anschluss an das bayerische Behördennetz (BYBN) über ein kommunales Netz technisch gestaltet, wie hoch ist der Schutz eines solchen kommunalen Behördennetzes und wie viele Städte und Gemeinden haben sich bisher ein kommunales Behördennetz aufgebaut?

**Dr. Markus Büchler**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe gewährte der Freistaat im Jahr 2023 den einzelnen Gemeinden und Gemeindeverbänden in Bayern pauschale Zuweisungen zu den Kosten der notwendigen Beförderung der Schülerinnen und Schülern nach Art. 10 Bayerisches Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (BayFAG) (bitte aufschlüsseln nach Schularten, Gemeinden bzw. Gemeindeverbänden), inwieweit beeinflusst die Einführung des Deutschlandtickets die Höhe Zuweisungen zu den Kosten der notwendigen Beförderung der Schülerinnen und Schülern nach Art. 10 BayFAG, aus welchen Gründen gewährt der Freistaat den kommunalen Aufgabenträgern pauschalierte FAG-Zuweisungen für die notwendige Schülerbeförderung nur in Höhe von derzeit ca. 60 Prozent der Ausgaben?

**Kerstin Celina**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Träger der öffentlichen Jugendhilfe (Landkreise und kreisfreie Städte) und anerkannte Träger der freien Jugendhilfe in Unterfranken haben in den vergangenen fünf Jahren eine Förderung der Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) beantragt bzw. bekommen, wie plant die Staatsregierung, die Kommunen ab 2025 finanziell und strukturell bei der Einrichtung weiterer JaS-Stellen zu unterstützen und ist im Zuge der geplanten neuen Richtlinie zur Jugendsozialarbeit an Schulen zum 01.01.2025 eine Erhöhung der Pauschale für eine vollzeitbeschäftigte JaS-Fachkraft, die seit Jahren bei 16.360 Euro liegt, geplant?

**Maximilian Deisenhofer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchem Grund konnte in 2024 eine Verdopplung der Vereinspauschale – anders als u. a. im Koalitionsvertrag von CSU und FREIE WÄHLER in 2023 ausgelobt – nicht eingehalten werden, seit wann haben die Sportfachverbände des Bayerischen Landes-Sportverbands endgültige Klarheit

über die Höhe der Staatsmittelverteilung für 2024 und für welchen Sportfachverband wurden die Staatsmittel für 2024 bereits final bewilligt?

**Gülseren Demirel**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele Geflüchtete sind in den bayerischen Kommunen untergebracht (bitte nach Unterbringungsformen (Kapazitäten und tatsächliche Belegung) und Kommunen sowie Regierungsbezirke auflisten sowie ukrainische Geflüchtete und Geflüchtete aus anderen Herkunftsländern trennen), wie hoch ist die Aufnahmequote der Landkreise in Bayern, wie genau möchte die Staatsregierung nach der Ankündigung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder Geflüchtete nach drei Monaten Aufenthalt in Bayern in den Arbeitsmarkt und gemeinnützige Arbeit integrieren?

**Martina Fehlner**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Fälle der Blauzungkrankheit wurden den Veterinärämtern im Jahr 2024 in Bayern gemeldet (bitte aufgeschlüsselt nach Tierarten, Regierungsbezirken, Landkreisen und Kommunen angeben), wie viele Impfungen wurden im Jahr 2024 durchgeführt (bitte die Höhe der Kosten einer Impfung pro Tier aufgeschlüsselt nach Tierarten angeben) und in welcher Höhe pro Tier stellt die Staatsregierung finanzielle Mittel für Präventionsmaßnahmen (Impfungen etc.) und Kompensationsmaßnahmen im Falle eines Transport-, Verkaufsverbotes oder Tod des Tieres zur Unterstützung der Landwirtinnen und Landwirte bereit (bitte aufgeschlüsselt nach Tierarten und den entsprechenden Maßnahmen angeben)?

**Christiane Feichtmeier**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, auf wie vielen Hektar landwirtschaftlicher Fläche wurde in wie vielen Betrieben in den vergangenen fünf Jahren in Bayern Nutzhanf angebaut (bitte aufgelistet nach Jahren sowie Regierungsbezirken und Landkreisen angeben) und wie viele Tonnen Nutzhanf wurden in Bayern im oben genannten Zeitraum geerntet (bitte aufgelistet nach Jahren sowie Regierungsbezirken und Landkreisen angeben)?

**Patrick Friedl**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten materiellen Schäden durch das Hochwasser infolge der Regenfälle Ende Mai und Anfang Juni 2024 hat die Staatsregierung in Bayern festgestellt (bitte ausweisen auch nach Regierungsbezirken und Schadenssummen in Euro), wann hat sie die festgestellten Schäden im Einzelnen jeweils an den Bund übermittelt und an welche konkrete Stelle innerhalb der Bundesregierung hat sie diese Zahlen jeweils übermittelt (bitte übermittelnde Stelle, Adressat, Zeitpunkt der Übermittlung und jeweils übermittelte Schadenssumme in Euro mit angeben)?

**Barbara Fuchs**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in insgesamt welcher Höhe werden finanzielle Mittel vom Freistaat für den Tag des Handwerks bereitgestellt, wie teilen sich diese auf und in welcher Höhe erhalten beteiligte Betriebe einen Anteil (z. B. durch entstandene Materialkosten)?

**Mia Goller**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, an welche konkreten, der in Art. 5 Bayerisches Gesetz zur nachhaltigen Entwicklung der Agrarwirt-

GRÜNEN)

schaft und des ländlichen Raumes „Übertragung von Aufgaben“ genannten Selbsthilfeeinrichtungen, anerkannten sonstigen Zusammenschlüsse und Einrichtungen werden neben dem Bayerischen Bauernverband, dem Landeskuratorium für pflanzliche Erzeugung in Bayern e. V., dem Landeskuratorium der Erzeugerringe für tierische Veredelung in Bayern e. V., dem Milchprüfungsring Bayern e. V. und dem Fleischprüfungsring e. V. staatliche Aufgaben übertragen, um welche konkreten Aufgaben in den Bereichen Beratung, Bildung, Förderung, Kontrolle, Zertifizierung, Tierwohl und Tierschutz, Landschaftspflege handelt es sich dabei jeweils und welche Haushaltsmittel wurden 2024 zur Wahrnehmung der übertragenen hoheitlichen Aufgaben jeweils einzeln für diese Einrichtungen, Zusammenschlüsse, Vereine und Verbände eingestellt?

**Holger Griebhammer**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie die Tatsache, dass aufgrund der nachträglich geschaffenen Möglichkeit der Beantragung von Coronahilfen der Überbrückungshilfe III auch für kirchlich getragene Unternehmen unter vorheriger Zurückzahlung etwaiger vorher erfolgter Hilfen für rechtlich selbstständige Teilbetriebe bayerische Unternehmen nach wie vor auf teils erhebliche Coronahilfen warten, welchen Umfang haben die noch infrage stehenden Hilfszahlungen und in welchen Schritten plant die Staatsregierung, zur Beschleunigung der Antragsbearbeitung, durch bessere finanzielle oder personelle Ausstattung der IHK München und Oberbayern?

**Sabine Gross**  
(SPD)

Aufgrund wiederkehrender Probleme beim Betrieb der Bahnlinie RE 1, frage ich die Staatsregierung, welcher Anteil der Züge des RE 1 zwischen München und Nürnberg seit dem 01.01.2024 unpünktlich bzw. ausgefallen ist, was die Ursachen dafür waren und welche Maßnahmen ergriffen werden, um die Situation für die Fahrgäste kurz- und mittelfristig zu verbessern?

**Volkmar Halbleib**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, was sie bisher im Hinblick auf den Tarifabschluss für die Servicegesellschaft des Universitätsklinikums Regensburg (mit den Elementen volle Entgeltgleichheit zum TV-L, Anrechnung der bisherigen Beschäftigungszeiten, faire Eingruppierung auch der einfachen Tätigkeiten, erhöhte Jahressonderzahlungen etc.) konkret unternommen hat, um die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen an der UKW Service GmbH für das Universitätsklinikum Würzburg im Hinblick auf die im Tarifvertrag für Regensburg geregelten Fragen zu verbessern und welche konkreten Anstrengungen sie dafür in Zukunft mit welchem Ziel unternehmen will?

**Christian Hierneis**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, woher hat sie nunmehr die Erkenntnisse über die beim Hochwasser im Mai/Juni in Bayern entstandenen Schäden und deren Kosten (siehe u. a. die Aussagen von Staatsminister der Finanzen und für Heimat Albert Füracker in der Presse [„fast 1,8 Milliarden der nicht versicherten Schäden entfallen allein auf Bayern“ und „...waren es im Jahr 2024 bislang bereits über 4 Mrd. Euro in nur zwei Bundes-

ländern“]), nachdem in der Antwort auf eine Anfrage der Abgeordneten Christian Hierneis, Patrick Friedl, Laura Weber und Maximilian Deisenhofer (Ihr Zeichen: 55a-U4440-2024/151-3) am 24.09.2024 noch mitgeteilt wurde: „Auch die Höhe des Gesamtschadens kann noch nicht verlässlich bzw. abschließend beziffert werden, da die Schadensaufnahme noch nicht abgeschlossen ist“, wie hoch ist die für Bayern aktuell ermittelte Schadenssumme (getrennt nach versicherten und nicht versicherten Schäden) und wofür konkret wurden die bisher bezahlten Soforthilfen ausbezahlt (bitte jeweils Schadensereignis und Summe benennen)?

**Andreas Jurca**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie steht sie zu den Strafzöllen, die die EU gegen chinesische Autobauer verhängt hat, können diese Zölle aus Sicht der Staatsregierung überhaupt greifen, wenn chinesische Autobauer innerhalb der EU produzieren und sieht die Staatsregierung negative Auswirkungen für die in Bayern ansässigen, global agierenden Autobauer?

**Claudia Köhler**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem die Länder für Hilfen nach Naturkatastrophen zuständig sind, der Bund aber bei Naturkatastrophen mit nationalem Ausmaß helfen kann, dazu aber zunächst die Schäden begutachtet und das konkrete Ausmaß beziffert werden müssen, frage ich die Staatsregierung, wie der aktuelle Sachstand bei der Begutachtung der Schäden der Hochwasser vom Mai und Juni 2024 in Bayern ist, auf welche Höhe die Staatsregierung die Schäden beziffert und wann sie zu den Schäden bzw. der Höhe der Schäden belastbare Zahlen, die zur Feststellung einer Naturkatastrophe mit nationalem Ausmaß geeignet sind, an den Bund übermittelt hat?

**Florian Köhler**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern hält sie die präventiven Aufgaben des Landesamts für Verfassungsschutz (BayLfV), insbesondere die des „präventiven Demokratieschutzes“, für vereinbar mit dem Grundgesetz, insbesondere mit dem Rechtsgrundsatz „nullum crimen sine lege“ („keine Strafe, mithin auch keine Verfolgung, ohne Gesetz“), welche Maßnahmen wurden ergriffen, um sicherzustellen, dass vom BayLfV registrierte Bestrebungen von Personen, die im Rahmen des Auftrags der Behörde untersucht werden müssten, tatsächlich vorhanden und anhand von objektiven Tatsachen nachweisbar sind und nicht nur auf einer behördlichen Konstruktion basieren, und wie definiert die Staatsregierung den Begriff des Extremismus in Abgrenzung zum Begriff des Radikalismus?

**Andreas Krahl**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Vorrang- und Vorbehaltsgebiete bayernweit für den Sand- und Kiesabbau festgeschrieben sind, welchen Status die Planung und Durchführung von Sand- und Kiesabbau in den jeweiligen Vorrang- und Vorbehaltsgebieten hat (bitte alle Projekte detailliert beschreiben und auflisten) und welche Bemühungen die Staatsregierung unternimmt, um durch Sand- und Kiesrecycling entsprechende Rohstoffe einzusparen?

**Sanne Kurz**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche der nichtstaatlichen Museen in Bayern, die in den vergangenen fünf Jahren eine Förderung von Seiten des Freistaates bzw. von Stellen des Freistaates bekommen haben, lagen vor dem Hintergrund der Veränderung der Förderrichtlinien für kommunale und nicht-kommunale Förderempfänger, die von Staatsminister Markus Blume auf Anfrage der Augsburger Allgemeinen Zeitung<sup>1</sup> verkündet wurden, in den vergangenen fünf Jahren mit ihren Förderanträgen unterhalb dieser sogenannten „Bagatellgrenzen“ von 3.000 Euro bzw. 6.000 Euro pro Projekt (bitte Museen tabellarisch mit Name, Ort, Regierungsbezirk und beantragten Fördersummen angeben), welche Alternativen der Erfüllung des laut Anfrage des Münchner Merkur<sup>2</sup> an das CSU-geführte Staatsministerium „Hinweis des Bayerischen Obersten Rechnungshofes“, aufgrund dessen man handeln müsse, wurden in Erwägung gezogen (bitte mit Angabe von Gründen, aus denen man die jeweiligen alternativen Wege nicht ging), wie will die Staatsregierung den Betrieb dieser auf kleine Fördersummen dringlichst angewiesenen Häuser sicherstellen?

**Eva Lettenbauer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist die Versorgungslage für ME/CFS- und Long-/Post-COVID-Patientinnen und Patienten (ME/CFS = Myalgische Enzephalomyelitis / Chronisches Fatigue Syndrom) in den sieben Regierungsbezirken durch fächerübergreifende Ambulanzen bzw. Zentren (bitte aufschlüsseln nach Bezirken), wie sind die Wartezeiten in diesen Ambulanzen bzw. Zentren insbesondere mit Blick auf das Verhältnis Ausstattung/Auslastung und welche Weiterbildungsmöglichkeiten zu dem Krankheitsbild gibt es in Bayern für Haus- und Fachärztinnen und Fachärzten?

**Oskar Lipp**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Mitarbeiter (Gesamtzahl des Mitarbeiterstabs) hat der Beauftragte für Bürokratieabbau der Staatsregierung, wie viel Geld erhielten diese Mitarbeiter insgesamt vom Freistaat pro Jahr in den Jahren 2018 bis 2023 (bitte tabellarisch die jährlichen Gesamtsummen angeben) und welche konkreten erfolgreichen Bürokratieabbaumaßnahmen in Bayern sind im Zeitraum vom 01.03.2022 bis zum 30.09.2024 direkt auf die Tätigkeit des Beauftragten für Bürokratieabbau der Staatsregierung zurückzuführen (bitte stichpunktartig jede erfolgreiche Maßnahme bzw. Bürokratierleichterung auflisten)?

**Stefan Löw**  
(AfD)

Da es am Rande einer Demonstration, die am 05.10.2024 in Aichach stattfand, zu einer polizeilichen Maßnahme gegen einen Teilnehmer kam, weil dieser das Plakat „Kein Missbrauch der Polizei durch Regierungsfaschisten“ mitführte, frage ich die Staatsregierung, auf welcher Rechtsgrundlage erfolgte die Maßnahme der Wegnahme des Plakats (bitte erläutern, warum die Aussage nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt ist) und warum

---

<sup>1</sup> „Ab 01.01.2025 gilt: Private Träger können ab 3.000 Euro Projektkosten, kommunale Träger ab 6.000 Euro eine Förderung beantragen.“ Siehe Augsburger Allgemeine vom 23.08.2024, <https://www.augsburger-allgemeine.de/bayern/bayern-kunst-und-kultur-neu-gefoerdert-102989682>

<sup>2</sup> Siehe Münchner Merkur vom 16.08.2024, <https://www.merkur.de/bayern/foerderrichtlinien-werden-geaendert-fuer-kleine-museen-in-bayern-geht-um-sein-oder-nicht-sein-93245940.html>

wurde der Teilnehmer Ziel der weiteren Maßnahmen und welche Folgen hat die polizeiliche Maßnahme für den Teilnehmer und die Verantwortlichen bei der Polizei?

**Johannes Meier**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, setzt sie sich für die vollständige Abschaffung des sogenannten Verbrennerverbots (die schrittweise Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Flottengrenzwerte für neuzugelassene Pkw bis 2035 gemäß der Verordnung (EU) 2023/851) ein, falls nein, für die Ausnahmen welcher „klimaneutralen“ Kraftstoffe setzt sie sich konkret ein (nur E-Fuels oder auch Biokraftstoffe; – Sorten) und über welche konkreten Kanäle engagiert sie sich diesbezüglich (z. B. Bundesratsinitiativen, Konsultationsverfahren der EU, Treffen mit Vertretern der Europäischen Kommission etc.)?

**Johann Müller**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie steht die Staatsregierung prinzipiell zu einer Förderung der privaten Altersvorsorge, wie schätzt sie eine mögliche Förderung für Aktiendepots ein, die von der Bundesregierung ins Spiel gebracht wurde und welche Alternativen sieht sie zu einer Förderung der privaten Altersvorsorge?

**Ruth Müller**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, nach welchem Zeitplan erfolgt die Planung, Klassifizierung (bitte mit Nennung der Klassifizierungsmöglichkeiten) und Umsetzung einer Nord-Ost-Umfahrung für die Stadt Vilsbiburg, Landkreis Landshut, um die Innenstadt vom Durchgangsverkehr auf der Staatsstraße 2083 zu entlasten, welche Kosten liegen dem Projekt zugrunde und welche Trassenverläufe kommen dafür in Frage?

**Benjamin Nolte**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung – da das Staatsministerium für Unterricht und Kultus (StMUK) die Schulaufsicht und Schulverwaltung bayerischer Schulen innehat – auf welcher rechtlichen Grundlage der von der Stadt München herausgegebene „Transgender-Leitfaden“ basiert, der die verpflichtende Benutzung von „Trans-Pronomen“ an Münchner Schulen verlangt (bitte alle rechtlichen Grundlagen erläutern), inwiefern sieht die Staatsregierung bzw. das StMUK durch den verpflichtenden „Transgender-Leitfaden“ an Münchens Schulen die Gefahr einer ideologischen Beeinflussung bzw. einer Verletzung der Neutralitätspflicht (bitte genau erläutern sowie erklären, wie in diesem Fall Art. 84 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen eingehalten werden kann) und sind seitens der Staatsregierung Maßnahmen geplant, die entsprechend des Verbotes der Anwendung der „Gendersprache“ auch die Benutzung von „Trans-Pronomen“ an Bayerns Schulen bzw. Behörden verbieten (bitte genau erläutern, welche Maßnahmen geplant sind oder warum man keine Maßnahmen ergreifen wird)?

**Verena Osgyan**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, über welche Kenntnisse und Einschätzungen verfügt sie bezüglich der Voranfrage der Firma Bamberger Sand- und Kiesbaggerei GmbH vom Juli 2024 bezüglich des Abbaus von Sandvorkommen im Vorbehaltsgebiet QS 14 des Regionalplans der Region Nürnberg, welche Standpunkte und Ergebnisse sind von den verschiedenen Vertreterinnen und Ver-

tretern beim dazu anberaumten Scoping-Termin des Bergamtes Nordbayern vom 27.09.2024 dargestellt worden und welche Auswirkung hat aus Sicht der Staatsregierung die abgeschlossene landesplanerische Beurteilung der Regierung von Mittelfranken vom 23.09.2021 (Zeichen: 24-8314.03-2-21) bezüglich der erneuten Anfrage der Firma Bamberger Sand- und Kiesbaggerei vom Juli 2024?

**Tim Pargent**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass die Brauerei Weihenstephan als Unterstützerin des Hoffests von CSU-Bundestagsabgeordneten Erich Irlstorfer in Gammelsdorf am 13.07.2024 (siehe dazu Berichterstattung im Donaukurier vom 17.07.2024 mit Titel „200 Gäste bei CSU-Bundestagsabgeordneten Erich Irlstorfer in Gammelsdorf“) aufgeführt wird, frage ich die Staatsregierung, welche Art der Unterstützung leistete die Brauerei Weihenstephan für das genannte Hoffest (bitte Empfänger und mögliche Höhe/Wert der Unterstützung angeben), in welcher Form haben die staatlichen Brauereien und der staatliche Hofkeller Parteien, Mandatsträgerinnen und Mandatsträger oder politische Veranstaltungen seit 2018 unterstützt (bitte aufschlüsseln nach Art der Unterstützung, Empfänger, ggf. Höhe/Wert, Anlass und Datum) und welche Richtlinien gelten für die Brauereien und den Hofkeller des Freistaates in Bezug auf Sach- und Finanzspenden an Parteien oder Mandatsträgerinnen und Mandatsträger?

**Julia Post**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Väter haben in den vergangenen fünf Jahren in den Staatsministerien und den nachgeordneten Behörden Elternzeit beantragt (bitte aufgeschlüsselt nach Länge der beantragten Elternzeit und Jahren pro Staatsministerium) und wie viele Anträge wurden in welcher Länge bewilligt (bitte aufschlüsseln nach Jahren und Bewilligungsdauer)?

**Anna Rasehorn**  
(SPD)

Nachdem in den vergangenen Jahren es der gesetzlich zuständigen Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) in den die Stadt Augsburg umgebenden Landkreisen in einer Vielzahl von Fällen nicht gelungen ist, die vorgegebenen Notarztstandorte mit Notärzten zu besetzen (vgl. u. a. die Anfragen zum Plenum des ehem. Abgeordneten Harald Güller (Drs. 18/29289 und 18/29958) ), frage ich daher die Staatsregierung für die Notarztstandorte Schwabmünchen, Zusmarshausen, Dillingen, Nördlingen und Aichach, wie viele Schichten an den jeweiligen Standorten vom Juli 2024 bis heute in den jeweiligen Monaten nicht besetzt wurden (bitte die sich daraus ergebenden Besetzungsquoten angeben), wie viele Schichten an den Standorten nach heutiger Planung bis Ende Oktober nicht besetzt sind und was plant die die Staatsregierung, um weitere hohe Ausfälle zu verhindern?

**Doris Rauscher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wann soll die Reform des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz kommen, welche Punkte sollen genau reformiert werden und wird dann auch die Betriebskostenfinanzierung neu geregelt?

**Markus Rinderspacher**

Ich frage die Staatsregierung, anlässlich der Delegationsreise des

- (SPD) Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder nach Ägypten, wie haben sich die bayerischen Wirtschaftsbeziehungen zu Ägypten in den letzten Jahren entwickelt (bitte angeben nach Export, Import, Handelsvolumen gegliedert nach Jahren), in welchen Bereichen ist ein Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Ägypten geplant (bitte angeben nach thematischen Schwerpunkten sowie konkreten Projekten der Zusammenarbeit) und welche weiteren konkreten Maßnahmen verfolgt die Staatsregierung im Rahmen ihrer Afrika- und Nahost-Strategie für Ägypten?
- Elena Roon**  
(AfD) Ich frage die Staatsregierung, wie viele Asylbewerber und Kinder aus migrantischen Familien in Bayern (bitte separat und nach Jahren aufschlüsseln) haben seit 2010 Zugang zu Betreuungsangeboten in Bayern, wie verteilen sie sich auf die einzelnen Kindertagesstätten, im Besonderen auf Krippe, Kindergarten und Hort, und wie viele Asylbewerber und Kinder aus migrantischen Familien in Bayern besuchen trotz Anspruch keine Kindertageseinrichtung?
- Harry Scheuenstuhl**  
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, ist der Bau eines Kreisverkehrs in Ansbach-Elpersdorf zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und Verbesserung der Rückstausituation in die St 2248 weiterhin von staatlicher Seite vorgesehen, welche Gründe führte der Oberste Rechnungshof gegenüber staatlichen Stellen gegen den Bau des Kreisverkehrs bei Elpersdorf aus und wie wird von staatlicher Seite sichergestellt, dass dem Beschluss des Stadtrates Ansbach über den Bau des Kreisverkehrs Elpersdorf entsprechend Rechnung getragen wird und der Kreisverkehr tatsächlich in absehbarer Zeit noch gebaut wird?
- Franz Schmid**  
(AfD) Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich in den letzten 15 Jahren die Anzahl der Kinder unter 6 Jahren in Bayern entwickelt, die mit ADHS (Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung) oder Autismus (Autismus-Spektrum-Störung – ASS) diagnostiziert wurden, wie viele dieser Kinder besuchen dabei einen integrativen Kindergarten, heilpädagogischen Kindergarten oder Förderkindergarten und wie haben sich diese speziellen Kindergartenformen in den letzten 15 Jahren entwickelt?
- Toni Schuberl**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Angesichts des Umstands, dass das Unternehmen Rodenstock in Regen plant, seinen Produktionsstandort in der Region aufzugeben und Arbeitsplätze in ausländische Produktionsstätten zu verlegen, frage ich die Staatsregierung, welche Pläne sie hat, um den Produktionsstandort in Regen zu erhalten und die Arbeitsplätze in Niederbayern noch zu retten und was die Staatsregierung bereits konkret unternommen hat und was sie noch unternommen wird, um diese Pläne umzusetzen (bitte unter Angabe konkreter Maßnahmen wie bspw. Gespräche mit Beteiligten und dazugehörigen Daten)?
- Stephanie Schuhknecht**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ich frage die Staatsregierung, inwieweit kann über das Gesetz über Zuwendungen des Freistaates Bayern zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden die Leit- und Sicherungs-

technik für NE-Bahnen (NE-Bahnen = Nichtbundeseigene Eisenbahnen) als eigenständiger Fördertatbestand gefördert werden, wie ist das zu begründen bzw. zu rechtfertigen, inwieweit ist daran gedacht worden, die in den Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen des Freistaates für den öffentlichen Personennahverkehr hinterlegte Förderkulisse zu überarbeiten?

**Katharina Schulze**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse ihr zu den Aktivitäten, Ideologie und Strukturen der völkischen Weltanschauungsgemeinschaft „Bund für Deutsche Gotterkenntnis“ mit Sitz in Tutzing vorliegen, wer den Bund als Vorstand des eingetragenen Vereins nach außen vertritt und welche Erkenntnisse sie zu den publizistischen Aktivitäten des Bundes um den „Verlag Hohe Warte“ in Pähl und die Zeitschrift „Mensch und Maß“ hat?

**Florian Siekmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bezugnehmend auf die Antwort auf meine Schriftliche Anfrage zu Thema „Offene und vollstreckte Haftbefehle“ vom 25.08.2024 auf Drs. 19/3474frage ich die Staatsregierung, welche Straftatbestände sind wesentlich für die erhebliche Zunahme der offenen Haftbefehle in Bayern seit 2012, wie verteilen sich die offenen Haftbefehle zum Ende des Jahres 2023 auf die einzelnen Straftatbestände und wie auf Deutsche, weitere EU-Bürgerinnen und -Bürger und nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger?

**Ulrich Singer**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wann wurden die Abschiebungen aus Bayern in die Russische Föderation wieder aufgenommen, wie viele Personen wurden 2024 dorthin abgeschoben und über welche Drittländer erfolgen die Abschiebungen?

**Ursula Sowa**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, sind die Mittel der Einkommensorientierten Förderung (EOF) in Bayern für 2024 bereits ausgeschöpft, wenn ja, in welchem Umfang können deshalb keine weiteren Förderanträge für 2024 bewilligt werden und ist noch eine Aufstockung der Mittel für 2024 vorgesehen?

**Ralf Stadler**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, werden in München ukrainischen Flüchtlingen mietfreie Wohnungen angeboten, können diese Wohnungen für 10 Jahre mietfrei bezogen werden (z. B. die Unterkünfte in der Reitmorstraße 41) und werden in München ukrainische Flüchtlinge inzwischen auch in Staatsbedienstetenwohnungen untergebracht?

**Dr. Simone Strohmayr**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, was ist der Klassenteiler der Klassen 1 bis 4 in der Grundschule, ab welcher Größe werden Klassen geteilt und welche Rolle spielt der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund dabei?

**Martin Stümpfig**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob nach der Ankündigung des Ministerpräsidenten im Juli 2024, zukünftig vermehrt Geflüchtete in größeren bayerischen Städten unterzubringen, um kleinere ländliche Kommunen zu entlasten, dies inzwischen bei der Verteilung Geflüchteter konsequent umgesetzt wird, ob die zuständigen Landratsämter im ländlichen Bereich die Möglichkeit haben, Angebote von Mietobjekten in kleineren Ortsteilen, die durch die

Unterbringung überfordert wären, abzulehnen und ob seit der Ankündigung des Ministerpräsidenten ein entsprechendes Rundschreiben an die Landratsämter und kreisfreien Städte ergangen ist?

**Arif Taşdelen**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welchen Handlungsdruck sieht sie hinsichtlich einer Neuregelung der Betriebskostenförderung für Kindertageseinrichtungen, wird eine 90-prozentige Förderung tatsächlich angestrebt und wird es einen entsprechenden Vorschlag für den kommenden Nachtragshaushalt geben?

**Gabriele Triebel**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse und Informationen liegen der Staatsregierung zur Veranstaltung vor, die im Rahmen der „Heimatkunde-Tour 2024“ am Wochenende 14./15.09.2024 in einem Gasthaus in Igling (Landkreis Landsberg am Lech) durchgeführt wurde, welche Erkenntnisse und Informationen liegen zur vorangegangenen „Heimatkunde“-Veranstaltung am 08.06.2024 in München vor und über welche Informationen verfügt die Staatsregierung zur SC 360° Media UG, die als Veranstalter gilt?

**Matthias Vogler**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie die Vollstreckung der Haftstrafe des Oberfeldwebels ████████ rechtfertigt, obwohl die Impfpflicht für Bundeswehrangehörige aufgehoben wurde und eine Amnestie für Coronabußgelder angekündigt ist, besteht die Möglichkeit, dass der Ministerpräsident von seinem Begnadigungsrecht gemäß Art. 47 Abs. 4 Satz 1 der Verfassung des Freistaates Bayern Gebrauch macht, und wie wird dies seitens der Staatsregierung bewertet?

**Markus Walbrunn**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Ordnungsmaßnahmen wurden an Schulen in Bayern und München im letzten Schuljahr verhängt, wie viele wurden angefochten und wie oft wurden im Vorfeld bereits Erziehungsmaßnahmen verhängt (bitte je Maßnahme die Anzahl angeben und bei den angefochtenen den Ausgang, bzw. ob die Maßnahme noch Bestand hat oder die Anfechtung erfolgreich war)?

**Ruth Waldmann**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Pflegeplätze bzw. Pflegestationen (stationär, ambulant, teilstationär und Kurzzeitpflege) wurden in den vergangenen beiden Jahren abgebaut bzw. geschlossen und welche Kenntnisse hat sie über Pflegeplätze bzw. Pflegestationen, die absehbar abgebaut bzw. geschlossen werden (müssen)?

**Dr. Sabine Weigand**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen die von der Stadt Altdorf beantragte Veränderung des Regionalplans für Nürnberg zur Streichung des Vorbehaltsgebietes Vogelherd QS 14 nicht stattgegeben wurde, welche Pläne die Staatsregierung hinsichtlich der Veräußerung bzw. Einräumung von Abbaurechten an Waldflächen im Besitz der Staatsforsten in Vorbehaltsgebieten im Bereich QS 14 im Bannwald Reichswald hat und wie sie sich zu der Frage positioniert, ob im Verfahren zur Genehmi-

gung der Voranfrage der Bamberger Sand- und Kiesbaggerei vom Juli 2024 ein erneutes Raumordnungsverfahren notwendig ist, oder ob direkt ein beschleunigtes Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden kann (bitte um detaillierte Begründung)?

**Katja Weitzel**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wieso sie davon ausgeht, dass es zu keinem Personaleinsatz bei den digitalen Supermärkten kommt, falls doch ein Personaleinsatz nötig ist, inwiefern gedenkt sie, den Personalaufwand der Unternehmen mit dem besonderen Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Einklang zu bringen und wie positioniert sie sich zu dem Umstand, dass durch dieses Gesetz eine politisch unterstützte Konkurrenzverzerrung zustande kommt, die vor allem großen Supermarktketten zum Vorteil ist?

**Andreas Winhart**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie schätzt sie die neue, nach unten korrigierte Konjunkturerwartung der Bundesregierung ein, wie schätzt sie die Auswirkung einer Rezession auf den Freistaat ein und was unternimmt sie, um dieser neuen konjunkturellen Entwicklung entgegenzuwirken?

**Christian Zwanziger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schulen, die nach der Öffnung der Förderrichtlinien für weitere Schularten nun eine Fachkraft für Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) beantragen dürfen, haben davon zu Beginn des Schuljahres 2024/2025 Gebrauch gemacht (Gymnasien, Berufliche Oberschulen (FOS/BOS), Realschulen zur sonderpädagogischen Förderung, Fachoberschulen zur sonderpädagogischen Förderung sowie Förderzentren mit dem Förderschwerpunkt Sprache, bitte nach Schularten und Bezirken getrennt und in absoluten wie relativen Zahlen angeben), aus welchen Gründen wurden Anträge auf Förderung einer JaS-Stelle abgelehnt (bitte nach Schularten und Bezirken getrennt und in absoluten wie relativen Zahlen angeben), und wie begründet sie angesichts steigender Personalkosten durch Tarifsteigerungen, Inflation und Fachkräftemangel die seit Jahren stagnierende Höhe des staatlichen Zuschusses?